Detailansicht des Registereintrags

Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG

Aktuell seit 26.10.2026 16:35:29

Kommanditgesellschaft

Registernummer:	R001738
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	26.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	11.08.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Bonfelder Straße 2 74206 Bad Wimpfen Deutschland Telefonnummer: +4930280933133 E-Mail-Adressen: public-affairs@mail.schwarz Webseiten: lidl.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26
Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26
600.001 bis 610.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26
0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Jan Brenn**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsleitung
2. **Christoph Graf**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsleitung
3. **Andreas Liepka**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsleitung
4. **Marcel von Haber**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsleitung
5. **Arnd Pickhardt**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsleitung
6. **Christian Steimle**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsleitung
7. **Friedrich Fuchs**
   Funktion: Vorsitzender der Geschäftsleitung
8. **Nikoletta Kolomburda**
   Funktion: Mitglied der Geschäftsleitung

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (2):

1. **Alexander Liedke**
2. **Christoph Graf**

Mitgliedschaften (16):

1. Verband Sozialer Wettbewerb e. V.
2. Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main e. V. (Wettbewerbszentrale)
3. Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen - DGNB e.V.
4. ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
5. LOG-IT Club e.V. - Kompetenznetz Logistik NRW
6. BDI Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
7. GDD - Gesellschaft für Datenschutz und Datensicherheit e.V.
8. Verband Lebensmittel ohne Gentechnik e.V.
9. GEFMA Deutscher Verband für Facility Management e.V.
10. Forum Nachhaltiger Kakao e.V.
11. Bal-Pro e.V.
12. Deutscher Städte- und Gemeindebund e.V.
13. Forum Moderne Landwirtschaft e.V.
14. QM Milch e.V.
15. Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen
16. BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (21):
Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Land- und Forstwirtschaft; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Digitalisierung; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Bauwesen und Bauwirtschaft; Ländlicher Raum; Stadtentwicklung; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen"; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; E-Commerce

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Die Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG versteht sich als transparenter Partner der Politik, der sein Expertenwissen und seine praktische Expertise in den politischen Diskurs einbringt.

Dazu werden Gespräche u. a. mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung sowie Vertretern der verschiedenen Bundesministerien geführt und vereinzelt Veranstaltungen ausgerichtet, zu denen auch relevante Adressaten im Sinne des LobbyRG eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Stellungnahmen und Positionspapiere erarbeitet und eingebracht.

Konkrete Regelungsvorhaben (30)

1. **Änderung zum TierHaltKennzG: Ausweitung auf weitere Vertriebskanäle, Erhöhung der Praktikabilität mögl. Downgrades und Stärkung der Landwirtschaft**

   Beschreibung:
   Ausweitung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes auf weitere Tierarten sowie auf die Außer-Haus-Verpflegung. Zielsetzung ist die Realisierung eines identischen Transparenzniveaus in der Außer-Haus-Verpflegung, wie es im Lebensmitteleinzelhandel vorgesehen ist; Hinwirken auf praktikable Downgrading-Optionen, ohne die Erforderlichkeit der Kennzeichnung des Rohstoffanteils aus höherer Haltungsform; Hinwirken auf einheitliche Auslegung und Stärkung der deutschen Landwirtschaft durch Verbindung von Haltung und Herkunft.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 21/327 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes

   Betroffenes geltendes Recht:

TierHaltKennzG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]

2. **Finanzierung Transformation Tierhaltung: Plädoyer für nachhaltige öffentliche Finanzierung**

   Beschreibung:
   Plädoyer für nachhaltige öffentliche Finanzierung der Transformation der Tierhaltung in Deutschland.

   Interessenbereiche:
   Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

3. **AgrarOLkG: Beibehaltung in der jetzigen Fassung**

   Beschreibung:
   Beibehaltung des Status quo des gegenwärtig gültigen und über die UTP-Richtlinie bereits in weiten Teilen hinausgehenden Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetzes.

   Betroffenes geltendes Recht:
   AgrarMSG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

4. **Änderung EU-RL 2014/31/EU (i.R. BEG IV): eBon ermöglichen, auch bei Wiegevorgang Obst und Gemüse**

   Beschreibung:
   Die Richtlinie 2014/31 EU (Anhang I Nr. 14 Absatz 4 Wort "ausgedruckt" ("printed")): verhindert, dass Kunden den Kassenbon in digitaler und nicht in ausgedruckter Form erhalten, wenn ein gewogener Artikel mit verkauft wurde. Anhang I Nr. 14 der Richtlinie sieht vor, dass „alle Angaben über sämtliche Vorgänge deutlich, unmissverständlich und übersichtlich auf einem Bon oder Etikett für den Kunden ausgedruckt werden“ müssen. Es sollte genügen, dass der Kunde einen digitalen Nachweis über den Wiegevorgang erhält, der analog zu einem ausgedruckten physischen Kassenbon sämtliche relevanten Informationen enthält.

   Bundesrats-Drucksachennummer:
   BR-Drs. 129/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)
   Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

   Zuvor:
   Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/11306 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie - (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz)
Zuständiges Ministerium: BMJ (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMJ) (20. WP): Viertes Gesetz zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie (Vorgang)

Interessenbereiche:
Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

5. **Verankerung einer positiven ökol. Lenkungswirkung bei möglicher Umlage der EU-Plastikabgabe in DE**

Beschreibung:
Verankerung einer positiven ökologischen Lenkungswirkung bei der Ausgestaltung einer möglichen Umlage der EU-Plastikabgabe in Deutschland mit dem Ziel die Umstellung auf hochgradig recyclingfähige Verpackungen und den Einsatz von Rezyklaten nicht zu gefährden.

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

6. **Schaffung eines Fondsmodells zur Weiterentwicklung des §21 VerpackG**

Beschreibung:
Ökologische Modulation der Lizenzentgelte für Verpackungen durch Schaffung eines privatwirtschaftlichen Fondsmodells zur Weiterentwicklung des §21 VerpackG mit dem Ziel, die Umstellung auf hochgradig recyclingfähige Verpackungen und den Einsatz von Rezyklaten zu fördern.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

7. **Anerkennung von ökol. optimierten Getränkeverpackungen und Umsetzung von Pooling-Option aus EU-PPWR**

Beschreibung:
Anerkennung von ökologisch optimierten Getränkeverpackungen bei etwaigen Mehrwegangebots- und Rücknahmepflichten und nationale Umsetzung der Pooling-Option aus der EU-Verpackungsverordnung (PPWR).

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

8. **Verhältnismäßige und praxistaugliche Rücknahme-/Informationspflichten bei Elektroaltgeräten**

Beschreibung:
Verhältnismäßige und praxistaugliche Ausgestaltung der Rücknahme- und Verbraucherinformationspflichten bei Elektroaltgeräten für Handelsunternehmen. Darüber hinaus Hinwirken auf eine Weiterentwicklung der Herstellerverantwortung, eine Eindämmung des Brandrisikos durch unsachgemäß entsorgte Lithium-Ionen-Akkus und eine sachgerechte Einbeziehung des Onlinehandels.

Referentenentwurf:
Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 15.04.2024
Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
ElektroG 2015 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

9. **Verhältnismäßige und praxistaugliche Anpassung des Batterierechts an die EU-Batterieverordnung**

Beschreibung:
Verhältnismäßige und praxistaugliche Anpassung des deutschen Batterierechts an die EU Batterieverordnung. Einräumung einer Ausnahme von den Händler-Rücknahmepflichten bei beschädigten Lithium-Altbatterien und Absenkung der Mindestabholmenge für LV-Batterien.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13953 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Batterierecht-EU-Anpassungsgesetz - Batt-EU-AnpG)
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Referentenentwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Batterierechts an die Verordnung (EU) 2023/1542 (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
BattG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

10. **Verhältnismäßige und bürokratiearme Weiterentwicklung der Gewerbeabfallverordnung**

Beschreibung:
Verhältnismäßige und möglichst bürokratiearme Weiterentwicklung der Gewerbeabfallverordnung mit dem Ziel, die Getrenntsammlung und Recyclingquote von gewerblichen Abfällen zu verbessern. Beibehaltung der bisherigen Ausnahmeregelung bei der Vorbehandlungspflicht und der Zulässigkeit der Kaskadenvorbehandlung.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/13950 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Verordnung zur Stärkung der Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und bestimmten Bau- und Abbruchabfällen
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMUV) (20. WP): Erste Verordnung zur Änderung der Gewerbeabfallverordnung (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
GewAbfV 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

11. **Optimierung Sammlung, Sortierung & Verwertung Alttextilien sowie Umgang mit (Ultra-) Fast-Fashion durch Einführung erweiterter Herstellerverantwortung**

Beschreibung:
Begleitung der nationalen Umsetzung und Ausgestaltung von EPR-Systemen zur Optimierung der Erfassung und Verwertung von Alttextilien im Einklang mit der EU-Abfallrahmenrichtlinie.
Adressierung von Positionen an die Bundesregierung zur aktiven Mitgestaltung der delegierten Rechtsakte unter der EU-Ökodesign-Verordnung (ESPR).
Begleitung von Diskussionen zur sachgerechten Handhabung von kurzlebigen Textilprodukten (Fast und Ultra Fast Fashion) innerhalb von Verwertungssystemen.

Betroffenes geltendes Recht:
KrWG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

12. **Änderung in der BauNVO hinsichtlich Steuerung des Lebensmitteleinzelhandels**

Beschreibung:
Die baurechtliche Steuerung des Lebensmitteleinzelhandels soll hinsichtlich der Kopplung an son. Sortimente, der zulässigen Verkaufsflächengrößen, Lagevoraussetzungen und Möglichkeit für Typengenehmigungen aktualisiert und angepasst werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BauNVO [alle RV hierzu]; BBauG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Bauwesen und Bauwirtschaft [alle RV hierzu]; Ländlicher Raum [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen" [alle RV hierzu]; Stadtentwicklung [alle RV hierzu]

13. **Verbesserte Rahmenbedingungen bei der Integration ausländischer Fachkräfte.**

Beschreibung:
Einer zügigen Einstellung dringend benötigter ausländischer Fachkräfte stehen unter anderem verzögernde Visa- und andere Antragsverfahren entgegen. Hinsichtlich der Verfahrensdauer existieren erhebliche Unterschiede zwischen einzelnen Gebietskörperschaften. Um die Verfahrensdauer zu vereinheitlichen bzw. zu beschleunigen, bedarf es besserer Durchsetzungsbedingungen bestehender Gesetzesvorgaben in den Gebietskörperschaften.

Interessenbereiche:
Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Ausländer- und Aufenthaltsrecht [alle RV hierzu]; Integration [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]

14. **Praxisnahe Lösungen bei der nationalen Umsetzung der EUDR und Verschiebung um 12 Monate**

Beschreibung:
Verschiebung der nationalen Umsetzung um 12 Monate sowie Schaffung praxistauglicherer Schnittstellen, die handelsgerecht große Anzahlen verarbeiten können und Kleinbauern befähigen, die geforderten Informationen bereitzustellen.

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

15. **Anpassung der Fütterungsvorschriften für die Black Soldier Fly**

Beschreibung:
Umfassende Zulassung von Lebensmittelabfällen als Futtermittel für Insekten wie die Black Soldier Fly

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

16. **Etablierung einer verpflichtenden einheitlichen Nachhaltigkeitskennzeichnung für Lebensmittel**

Beschreibung:
Etablierung einer Nachhaltigkeitskennzeichnung für Lebensmittel, damit Kundinnen und Kunden die Klimawirkung ihres Einkaufs erkennen können.

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

17. **Ermöglichung mehrgleisiger Kennzeichnung von Mineralwasser bei klarer Auslobung**

Beschreibung:
Zulässiger Vertrieb von Mineralwasser aus einer Quelle unter verschiedenen Markennamen, bei namentlicher Nennung der betreffenden Quelle.

Betroffenes geltendes Recht:
Min/TafelWV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

18. **Hinwirkung auf eine beschleunigte Zulassung von Smart Proteins**

Beschreibung:
Beschleunigung der Zulassungsverfahren und stärkere Unterstützung für das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, die auf Smart Proteins basieren.

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

19. **Wettbewerb auf Online-Plattformen fair gestalten**

Beschreibung:
Ein fairer Wettbewerb erfordert die Einhaltung gleicher Vorschriften und Verpflichtungen für alle Marktteilnehmer. Dazu braucht es ein einheitliches europäisches Level Playing Field, das nur durch konsequente Umsetzung des geltenden Rechts auf europäischer und Bundesebene gewährleistet werden kann. Produkt-, Verbraucher und Lauterbarkeitsrecht müssen von allen Marktteilnehmern eingehalten, die EU-Zollreform (Abschaffung der 150-Euro-Zollfreigrenze) umgesetzt und Vollzugsdefizite zur Schaffung von Transparenz angezeigt werden. Der Ausbau personeller Kapazitäten in den Zoll- und Marktüberwachungsbehörden ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung geltender Vorschriften.

Betroffenes geltendes Recht:
DDG [alle RV hierzu]; UrhG [alle RV hierzu]; ProdHaftG [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]; ZollVG [alle RV hierzu]; ProdSG 2021 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]; UWG 2004 [alle RV hierzu]; BDSG 2018 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
E-Commerce [alle RV hierzu]

20. **Beschleunigung von Netzanschlüssen**

Beschreibung:
Grundvoraussetzung für einen schnellen Netzanschluss sind ausreichend Leistungsreserven vor Ort. Fehlende Anschlusskapazitäten in der Nieder- und Mittelspannung verzögern den Anschluss von Filialen, Lagern und stromintensiven Abnehmern. Es braucht zügige, bundesweit einheitliche Netzanschlussverfahren und einen bedarfsgerechten Netzausbau auf allen Netzebenen.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 20/14199 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsrechts im Bereich der Endkundenmärkte, des Netzausbaus und der Netzregulierung
Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:
Referentenentwurf (BMWK) (20. WP): Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes im Bereich der Endkundenmärkte, des Netzausbaus und der Netzregulierung sowie Referentenentwurf einer Verordnung zur Änderung der Marktstammdatenregisterverordnung (20. WP) (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]; EEG 2014 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

21. **Mitgestaltung der sekundären und delegierten Rechtsakte der EU-Verpackungsverordnung (PPWR)**

Beschreibung:
Die Bundesregierung soll bewogen werden, ggü. der EU-Kommission darauf hinzuwirken, bei der Gestaltung der delegierten Rechtsakte der EU-Verpackungsverordnung folgende Punkte zu berücksichtigen: bürokratiearme Umsetzung, Praxistauglichkeit, Technologie- und Systemoffenheit, Materialunabhängigkeit, Nutzung privatwirtschaftlicher und wettbewerblicher Strukturen.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

22. **Mitgestaltung der Umsetzung der EU-Verpackungsverordnung (PPWR) in nationales Recht**

Beschreibung:
Die Bundesregierung soll bewogen werden, bei der Umsetzung der EU-Verpackungsverordnung – insbesondere bei den Artikeln 29 und 47 – in Deutschland, folgende Punkte zu berücksichtigen: minimalinvasive Ausgestaltung von Pflichten im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung inbs. für Transportverpackungen, bürokratiearme Umsetzung, Praxistauglichkeit, Technologie- und Systemoffenheit, Materialunabhängigkeit, Nutzung privatwirtschaftlicher und wettbewerblicher Strukturen

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

23. **Digitalisierbarkeit steuerlicher Prozesse, Steuerbescheide in digitaler Form**

Beschreibung:
Bestehende Steuergesetze sowie zukünftige Gesetzesvorhaben sollten auf die Digitalisierbarkeit überprüft werden. Steuerbescheide zu allen Steuererklärungen, welche in digitaler Form abzugeben sind, sollten auf Antrag des Steuerpflichtigen ebenfalls in digitaler Form an diesen übermittelt werden können. Wir setzen uns dafür ein, Prozesse für die Finanzverwaltung und die Wirtschaft durch die genannten Maßnahmen effizienter und schlanker zu gestalten.

Betroffenes geltendes Recht:
GewStG [alle RV hierzu]; AO 1977 [alle RV hierzu]; UStG 1980 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]; GrEStG 1983 [alle RV hierzu]; GrStG 1973 [alle RV hierzu]; StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

24. **Schaffung von Rechtssicherheit für die Besonderheiten einer Kundenanlage im Energiewirtschaftsrecht**

Beschreibung:
Nach dem Beschluss des BGH vom 13.05.2025 zum Streit um die „allgemeine“ Kundenanlage nach § 3 Nr. 24a EnWG, mit dem der BGH klarstellt, dass dieser zentrale Begriff des deutschen Energiewirtschaftsrechts nur noch einen geringen Anwendungsbereich hat, empfiehlt es sich, zügig Rechtssicherheit zu schaffen. Insbesondere sollte unnötiger bürokratischer Mehraufwand für Unternehmen möglichst vermieden werden. Sofern es einer Zwischenlösung bedarf, ist die Regulierung auf das europarechtlich erforderliche Mindestmaß zu begrenzen. Eine Änderung der Elektrizitätsbinnenmarktrichtlinie auf europäischer Ebene ist in diesem Fall anzustreben, um dezentrale Versorgungskonzepte wie bislang ohne Regulierung umsetzen zu können.

Betroffenes geltendes Recht:
EnWG 2005 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

25. **Praxisorientierte Anpassung des Energieeffizienzgesetz**

Beschreibung:
Im Rahmen eines Änderungsgesetzes streben wir eine praxisorientierte Anpassung des Energieeffizienzgesetzes (EnEfG) an, um die Berichts-, Dokumentations- und Umsetzungspflichten sowie die Regelungen für Rechenzentren praxistauglicher auszugestalten. Dazu gehören Umsetzungspflichten gemäß § 9, Abwärmenutzungspflichten in §11 (3), Änderungen der PUE-Vorgaben in §11 (1), (2), Berichtspflichten gemäß § 13, Abwärmemeldungen nach § 17 sowie eine Klarstellung der Definition von Rechenzentren § 3 Nr. 24.

Referentenentwurf:
Gesetz zur Beschleunigung der Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 04.05.2026
Federführendes Ministerium: BMWE [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

26. **Umsetzung der EU Entgelttransparenz-Richtlinie**

Beschreibung:
Vorschläge zu einer bürokratiearmen und praxisgerechten Umsetzung der neuen Vorgaben der EU- Entgelttransparenz-RL; Erhaltung der bewährten Grundprinzipien der deutschen Arbeits- und Tarifordnung, keine nationalen Verschärfungen über die Vorgaben der Richtlinie hinaus, Beibehaltung der Angemessenheitsvermutung für tarifvertragliche Entgeltsysteme, keine gesetzliche Festlegung auf bestimmte Arbeitsbewertungsverfahren, Vereinfachung bei Informations- und Offenlegungsanforderungen.

Betroffenes geltendes Recht:
EntgTranspG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

27. **Umsatzsteuerliche Änderungen i.R.d. Jahressteuergesetzes 2026**

Beschreibung:
Vorschläge zur Herstellung einer höheren Rechtssicherheit bei der umsatzsteuerlichen Organschaft; Nichtstreichung von § 6 Abs. 3a S. 2 UStG

Referentenentwurf:
Entwurf eines Jahressteuergesetzes 2026 (JStG 2026) (Vorgang) [alle RV hierzu]
Datum der Veröffentlichung: 19.05.2026
Federführendes Ministerium: BMF [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

28. **Novellierung Arbeitszeitgesetzgebung**

Beschreibung:
Vorschläge zu einer bürokratiearmen und praxisgerechten Umsetzung des Koalitionsvertrages, Empfehlung zur Umsetzung der Tariföffnungsklausel, Bewertung zur

Pflicht zur Erfassung von Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit; Empfehlungen zur Vertrauensarbeitszeit sowie zum persönlichen und sachlichen Anwendungsbereich

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes und anderer Vorschriften
Datum des Referentenentwurfs: 16.06.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

29. **Novellierung Arbeitszeitgesetzgebung**

Beschreibung:
Vorschläge zu einer bürokratiearmen und praxisgerechten Umsetzung des Koalitionsvertrages, Empfehlung zur Umsetzung der Tariföffnungsklausel, Bewertung zur Pflicht zur Erfassung von Beginn, Ende und Dauer der Arbeitszeit; Empfehlungen zur Vertrauensarbeitszeit sowie zum persönlichen und sachlichen Anwendungsbereich

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes und anderer Vorschriften
Datum des Referentenentwurfs: 16.06.2026
Federführendes Ministerium: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]

30. **Einführung Zuckersteuer**

Beschreibung:
Plädoyer für längere Übergangsfristen, klare Abgrenzung des Geltungsbereichs, Vermeidung von Wettbewerbsverzerrung und Zweckbindung der Einnahmen.

Interessenbereiche:
Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (1):

1. **KfW**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main
   Betrag: 790.001 bis 800.000 Euro
   Nicht-rückzahlbarer Investitionszuschuss im Rahmen der Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG) zur energetischen Gebäudesanierung / Effizienzhaus-Förderung.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 03/25 bis 02/26

Geschaeftsjahresabschluss_Lidl-Dienstleistung-GmbH-Co-KG_GJ25-26.pdf